



## Niederschrift

### 53. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 29.06.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:15 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	R. 280 a, Stadthaus

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	bis 19:00 Uhr
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	ab 17:10 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Mike Schubert	SPD	bis ca. 19:00 Uhr
Herr Claus Wartenberg	SPD	ab 17:10 Uhr
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Michael Schröder	CDU/ANW	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	
Frau Anja Heigl	Die Andere	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	bis 19:10 Uhr

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

##### Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Service	Frau Dr. Nooke, stellvertretende Direktorin der Gedenkstätte „Berliner Mauer“
Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur, Sport	Frau Rademacher, Rechnungsprüfungsamt
Frau Müller-Preinesberger, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz	Frau Krusemark, SB Recht und Grundstücksam.
Herr Weise, f. d. GB Stadtentwicklung und Bauen	Herr Richter, KIS
Herr Graumann, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege	Frau Naumann, FB Kultur und Museum
Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters	Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung
Schriftführerin: Frau Ziegenbein	

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
08. Juni 2011
- 3 Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 10/SVV/0826  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4 Abschluss Wegenutzungsvertrag für die Gasversorgung in den  
Vertragsgebieten Eiche, Golm, Grube und Satzkorn  
Vorlage: 11/SVV/0278  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe  
Vorlage: 10/SVV/1054  
Fraktion DIE LINKE
- 6 Jahresabschlusses zum 31.12.2008 des KIS und Entlastung der Werkleitung  
Vorlage: 11/SVV/0184  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
- 7 ÖPP in Potsdam  
Vorlage: 11/SVV/0117  
Fraktion FDP  
neue Fassung
- 8 Workshop Kommunalpolitiker  
Vorlage: 11/SVV/0342  
Fraktion FDP
- 9 Regelwerk für die innere Geschäftsordnung der Transparenzkommission  
gemäß DS 11/SVV/0477  
Transparenzkommission
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
- 10.1 Information über Varianten zur Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle gemäß  
Beschluss: 10/SVV/0953
- 10.2 15. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 11/SVV/0325  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

- 10.3 Beteiligungskonzept "Gartenstadt Drewitz"  
Vorlage: 11/SVV/0371  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 10.4 Keine Beeinträchtigung des Kulturstandortes Schiffbauergasse - rechtliche  
Stellungnahme
- 10.5 Beschlusskontrolle  
Vorlage: 11/SVV/0466  
Oberbürgermeister
- 10.6 Sicherung des Sozialen Zentrums der Volkssolidarität "Suppenküche"  
Vorlage: 11/SVV/0502  
Oberbürgermeister, KIS
- 10.7 Information zu Gedenkstelen für Mauertote
- 10.8 Information zur Besetzung des Lenkungsausschusses des SV Babelsberg 03
- 10.9 Information zum Stand der Verhandlungen mit der WagenHausBurg
- 11 Sonstiges
- 11.1 Berichterstattung aus der Lärmschutzkommission

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Schröder übernimmt die Sitzungsleitung, da der Oberbürgermeister im Urlaub ist und eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08. Juni 2011**

Herr Schröder stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt Herr Schröder vor, die Tagesordnungspunkte 3, Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam, DS 10/SVV/0826, und 4, Abschluss Wegenutzungsvertrag für die Gasversorgung in den Vertragsgebieten Eiche, Golm, Grube und Satzkorn, DS 11/SVV/0278, **zurückzustellen**, da die Voten aus den Ausschüssen

Stadtentwicklung und Bauen sowie Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlen.

Im Weiteren kündigt Herr Exner unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ Informationen zu den „Gedenkstelen für Mauertote“ sowie zur „Besetzung des Lenkungsausschusses des SV Babelsberg 03“ an. Im Weiteren werde der Tagesordnungspunkt 17.5. - Information zum Stand der Verhandlungen mit der WagenHausBurg - auch im öffentlichen Teil aufgerufen, da hierzu ein Antrag auf Rederecht der Fraktion DIE LINKE für die WagenHausBurg-Bewohner vorliegt.

Gegen die so geänderte Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 52. Sitzung des Hauptausschusses vom 08. Juni 2011 verweist Frau Dr. Müller darauf, dass auf der Seite 4 der Vermerk „Behandlung im Mai ...“ nicht korrekt sei, da die Sitzung im Juni stattgefunden habe. Im Weiteren merkt Herr Schultheiß an, dass in der Anwesenheit die bei ihm aufgeführte „Fraktion CDU“ nicht stimme und durch die Fraktion „Potsdamer Demokraten“ zu ersetzen ist.

Unter Berücksichtigung dieser Hinweise wird die Niederschrift mehrheitlich, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

- zu 3 Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 10/SVV/0826**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zurückgestellt**

- zu 4 Abschluss Wegenutzungsvertrag für die Gasversorgung in den Vertragsgebieten Eiche, Golm, Grube und Satzkorn**  
**Vorlage: 11/SVV/0278**  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

**zurückgestellt**

- zu 5 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe**  
**Vorlage: 10/SVV/1054**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die dazu ausgereichten Mitteilungsvorlagen DS 11/SVV/0464 und 11/SVV/0507. Da diese jedoch im nicht öffentlichen Teil behandelt werden, sei eine Diskussion etwas schwierig. Ohne auf konkrete Inhalte eingehen zu wollen, meine er, dass diese Vorlagen sehr allgemein gehalten seien. Damit werde das Anliegen nicht erfüllt, Grundstücke, die von öffentlichen Einrichtungen oder freien Trägern mit gemeinnützigen Zwecken genutzt werden, darzustellen und diese vor dem Verkauf der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Herr Schröder verweist darauf, dass dieses Anliegen eine Änderung der Hauptsatzung nach sich ziehe, was bei der Diskussion berücksichtigt werden sollte. Alle betreffenden Grundstücke der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, so Herr Exner, entspreche nicht dem derzeitigen „Dreiklang“ der Hauptsatzung, so dass er die antragstellende Fraktion bitte, über die Art der Umsetzung des Antrags nachzudenken. Sollte es eine Änderung der Hauptsatzung zwingend nach sich ziehen, spreche er sich gegen den Antrag aus.

Herr Dr. Scharfenberg erwidert, dass seine Fraktion im Ergebnis der Diskussion der o. g. Mitteilungsvorlagen über den weiteren Umgang mit dem Antrag nachdenken werde und diesen bis dahin **zurückstelle**.

Gegen den Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 6 Jahresabschlusses zum 31.12.2008 des KIS und Entlastung der Werkleitung  
Vorlage: 11/SVV/0184**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice

Herr Exner verweist auf die zustimmenden Stellungnahmen des Ausschusses für Finanzen und des Werksausschusses KIS und beantwortet die Nachfragen von Herrn Schulheiß zu den Personalkosten.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) zum 31.12.2008 wird gemäß § 7 Ziff. 4 der Eigenbetriebsverordnung festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 745.587,88 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Werkleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2008 Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 7 ÖPP in Potsdam  
Vorlage: 11/SVV/0117  
Fraktion FDP  
neue Fassung**

Frau Engel-Fürstberger bringt die neue Fassung vom 10.06.2011 ein, die nunmehr im „Betreff“ den Titel „Beirat für Bauvorhaben Goetheschule, Einstein- und Humboldtgynasium“ trägt. In der sich anschließenden Diskussion verweist Herr Dr. Scharfenberg darauf, dass diese Thematik im Werksausschuss KIS ausführlich diskutiert worden sei. Er wundere sich, wie sich die Inhalte eines Antrags so grundlegend ändern können, dass vom Ausgangspunkt, einen Baubeirat zu schaffen, es jetzt um Beiräte gehe, die die Vorhaben begleiten sollen. Er meine, dass es nicht nur eines Beirates bedarf, weil Probleme der einen Schule die anderen nicht interessieren werden. Die Frage sei auch, warum dieses bürokratische Verfahren gewählt werde und sich nicht die Schulkonferenzen damit befassen. Außerdem habe die FDP selbst schon des Öfteren darauf hingewiesen, dass zusätzliche Gremien auch einen zusätzlichen personellen Aufwand für die Fraktionen bedeuten. Eine bessere und zeitnahe Information unterstütze er und denke, dass Herr Richter das berücksichtigen werde.

Frau Engel-Fürstberger widerspricht der Auffassung, dass für jede Schule ein Beirat gebildet werden müsse. Schließlich handele es sich bei allen drei Schulen um den gleiche Auftragnehmer und in einem Beirat werde es Synergieeffekte geben. Ein Beirat dieser Art funktioniere auch in anderen Städten als begleitende

Maßnahme für große Bauvorhaben. Herr Schubert betont in seinen Ausführungen, dass der Antrag nicht nur einen neuen Titel, sondern auch einen völlig neuen Inhalt bekommen habe und damit ziemlich weit vom Ursprungsantrag abweiche. Er sehe darin die Reaktion der Fraktion FDP auf die ablehnende Haltung zum Antrag, einen Beirat ÖPP zu bilden und empfehle deshalb, diesen Antrag zurückzuziehen und das Anliegen neu zu beantragen.

Herr Schüler führt aus, dass Bauvorhaben an den Schulen regelmäßig zu Irritationen führen, sei unstrittig. Deshalb scheine es geboten, ein Instrument zu schaffen, welches die Kommunikation zwischen den Betroffenen – also Eltern, Schülern, der Schule selbst - herstelle. Dieses müsse aber nicht durch Stadtverordnete geschehen.

Frau Dr. Schröter meint, dass die Problemstellung erkannt werde, das Instrumentarium „Beirat“ aber nicht das richtige für das Anliegen zu sein scheine. Übereinstimmung gebe es ihrer Meinung nach auch darin, die Kommunikation zu verbessern sowie die Vorhaben zu begleiten. Zu möglichen Varianten der Umsetzung sollte sich Herr Richter äußern.

Dem schließt sich Herr Schröder an und verweist auf einen dem Ausschuss für Bildung und Sport vorliegenden ähnlichen Antrag bezüglich der Stadtteilschule Drewitz. Er schlägt vor, Herrn Richter dazu im Ausschuss für Bildung und Sport zu hören, wie die Kommunikation insgesamt verbessert werden könne, so dass die Betroffenen eingebunden seien. Im Ausschuss könne man darüber hinaus die Diskussion vertiefen.

Frau Engel-Fürstberger betont, dass sie den Vorschlag, den Antrag zurückzuziehen, nicht nachvollziehen könne. Hier gehe es darum, den Kommunikationsfluss zu sichern; vielleicht sollte doch Herr Richter erst einmal dazu Stellung nehmen. Auf den nochmaligen Hinweis von Herrn Schröder, dass im Antrag jetzt ein völlig neuer Inhalt stehe, ergänzt Herr Exner, dass damit eine andere Zielstellung aufgemacht werde als bisher, so dass auch er eine Beratung im Ausschuss für Bildung und Sport empfehle.

Frau Engel-Fürstberger schließt sich dem Vorschlag an und bittet, den Antrag im **Ausschuss für Bildung und Sport zu beraten**. Außerdem überlege sie, den **Antrag neu einzubringen, um den Formalien der Geschäftsordnung zu entsprechen**.

## zu 8 **Workshop Kommunalpolitiker**

**Vorlage: 11/SVV/0342**

Fraktion FDP

Frau Engel-Fürstberger bringt die Vorlage ein. Herr Dr. Wegewitz verweist darauf, dass er im Ausschuss für Finanzen das Interesse an einem Workshop dieser Art abgefragt habe. Sowohl die Mitglieder als auch die sachkundigen Einwohner hätten Interesse bekundet, so dass der Ausschuss für Finanzen in seiner zustimmenden Stellungnahme die folgende Ergänzung aufgenommen habe:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Seminar für die Potsdamer Stadtverordneten **und sachkundigen Einwohner** zum Thema „Ziele und Kennzahlen in der doppischen Haushaltsführung“ zu veranstalten.*

Frau Dr. Schröter meint, dass die hinter den Produkten stehenden Maßnahmen und konkreten Zahlen für die Stadtverordneten nicht erkennbar seien, so dass die hier beantragte Zielstellung am eigentlichen Problem vorbeigehe. Herr Exner informiert über die derzeitige Anzahl der Produkte und die Funktion der Kennzahlen, die als Steuerungsinstrument genutzt würden. Er spricht sich für

diesen Workshop aus, aber auch dafür, das konkrete Lernziel durch die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen genauer definieren und qualifizieren zu lassen. Diesen Vorschlag unterstützt Frau Dr. Müller, da in einer ähnlichen Veranstaltung eher ein Monolog als ein Dialog stattgefunden habe. Herr Kirsch unterstützt diesen Vorschlag ebenfalls und bittet, Herrn Erdmann mit einzubeziehen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Seminar für die Potsdamer Stadtverordneten **und sachkundigen Einwohner** zum Thema „Ziele und Kennzahlen in der doppischen Haushaltsführung“ zu veranstalten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

**zu 9      Regelwerk für die innere Geschäftsordnung der Transparenzkommission gemäß DS 11/SVV/0477**  
Transparenzkommission

Frau Rademacher informiert hierzu, dass die Transparenzkommission am 21. Juni dieses Jahres getagt und sich auf den als Tischvorlage vorliegenden Entwurf der Geschäftsordnung geeinigt habe. Im Weiteren wurden zwei redaktionelle Änderungen vorgenommen, so dass in der nächsten Sitzung am 05. Juli über diese Geschäftsordnung entschieden werde. Sie erläutert die einzelnen Paragraphen und weist im Weiteren darauf hin, dass die Expertenstellen noch nicht besetzt seien. Die Transparenzkommission habe sich darauf verständigt, dass diesbezügliche Vorschläge gesammelt und durch Frau Schaefer vorgeprüft werden. Die Bestellung werde ebenfalls in der Sitzung am 05. Juli erfolgen. Zur Erarbeitung der vorgeschlagenen Geschäftsordnung seien Geschäftsordnungen ähnlich arbeitender Gremien, die auch nicht öffentlich beraten, herangezogen worden, um zügig zu Arbeitsergebnissen zu kommen und die Mitglieder zur Verschwiegenheit verpflichten.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Dr. Scharfenberg, dass die Themen „nicht öffentliche Beratung“ und „Verpflichtung zur Verschwiegenheit“ nochmals diskutiert werden sollten. In der vorliegenden Geschäftsordnung werde eine generelle Verschwiegenheit und nicht öffentliche Beratung festgeschrieben und nicht nur „in der Regel“. Er meine, dass das keine Garantie für ein zügiges Arbeiten sei und nicht jeder Beratungsgegenstand müsse der Verschwiegenheit unterliegen. Ansonsten habe man die Diskussion, dass die Transparenzkommission nicht transparent ist.

Herr Schröder teilt diese Bedenken, verweist aber gleichzeitig auf das im Beschluss formulierte Recht der Transparenzkommission, sich eine eigene Geschäftsordnung geben zu dürfen. Herr Schulheiß verweist auf die Benennung des Punktes in der Tagesordnung und spricht sich dafür aus, den Entwurf nur zur Kenntnis zu nehmen. Herr Schüler spricht sich dagegen aus und betont, dass sich der Hauptausschuss in Vertretung des Auftraggebers schon mit der Geschäftsordnung auseinandersetzen sollte. Die Frage, öffentliche oder nicht öffentliche Sitzung sei in der Geschäftsordnung zu regeln, wobei öffentliche Sitzungen im Widerspruch zum Beschluss stünden. Noch problematischer sei

seiner Meinung nach, „ein bisschen öffentlich und ein bisschen nicht öffentlich“ zu tagen. Er habe kein Problem damit, wenn der Transparenzkommission empfohlen werde, öffentlich zu tagen.

Frau Engel-Fürstberger betont, dass die Transparenz an anderen Stellen viel wichtiger sei. Das an der Transparenzkommission festzumachen werde überbewertet, denn die Ergebnisse der Beratungen werden im Gegensatz zu anderen Gremien öffentlich gemacht. Transparenz in der Diskussion der Aufsichtsräte sei viel wichtiger, nämlich da, wo die Bürger ein berechtigtes Interesse an Informationen haben und sie auch hinterher nicht bekommen.

Herr Schubert schlägt vor, wie in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung zu verfahren und einen öffentlichen und einen nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung festzulegen. Gleichzeitig betont er, dass der Hauptausschuss nur die Chance habe, eine Empfehlung abzugeben. Herr Kirsch schlägt vor, der Kommission die Empfehlung mit auf den Weg zu geben, weitestgehend öffentlich zu beraten, was Frau Rademache „mitnehmen“ solle.

## **zu 10      **Mitteilungen der Verwaltung****

### **zu 10.1    **Information über Varianten zur Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle gemäß Beschluss: 10/SVV/0953****

Herr Weise erläutert an Hand einer PowerPoint-Präsentation seinen Zwischenbericht zur „Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle bzw. eines Vergabemanagements“. Er erläutert die Ziele, die bisherigen Ergebnisse, die Betrachtung des Beschaffungsprozesses und der Auftrags- und Vergabearten sowie die weiteren sich daraus ergebenden Projektschritte. Im Anschluss daran bittet Herr Dr. Scharfenberg, den Vortrag der Niederschrift als Anlage beizufügen, damit die Möglichkeit, konkretere Nachfragen zu stellen, bestehe. Er bittet außerdem um einen weiteren, dann aber konkreteren Zwischenbericht vor der abschließenden Information am Ende des Jahres. Frau Dr. Müller bittet, den genannten Termin der Vorstellung der Modelle und einer Vorzugsvariante in der Hauptausschusssitzung am 21.12.2011 in die Niederschrift aufzunehmen.

Herr Schüler zeigt sich über den Zeitrahmen, den sich der Geschäftsbereich vorgibt, überrascht und wirbt für ein beschleunigtes Vorgehen. Herr Weise bietet Herrn Schüler an, die Prozesse noch genauer zu erläutern und eine entsprechende Analyse vorzulegen, um die sich dahinter verbergenden Schwierigkeiten zu verdeutlichen. Herr Schüler nimmt das Angebot an und betont, dass er eine Prozessanalyse für notwendig erachte.

### **zu 10.2    **15. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 11/SVV/0325****

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner verweist darauf, dass der Bericht im Ausschuss für Finanzen diskutiert sowie zur Kenntnis genommen wurde und beantwortet im Weiteren die Nachfrage von Herrn Schulheiß, warum die Gewinne der Gesellschaften nicht an die Stadt abgeführt werden. Er verweist darauf, dass jedes Unternehmen einzeln zu betrachten sei. Das Klinikum Ernst von Bergmann sei gemeinnützig, bei der Pro Potsdam habe man sich selbst gebunden und eine Abführung an die Stadt verneint und die Stadtwerke stützen mit den Gewinnen die Verkehrsbetriebe.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass es interessant sei, in welcher breit angelegter Struktur die Stadt Beteiligungen habe. Er empfehle, in der Transparenzkommission zu diskutieren, was es diesbezüglich an Komponenten gebe, die bewahrt und welche „angefasst“ werden sollten sowie die



Geschäftsführer-Gehälter nicht aus den Augen zu verlieren. Frau Engel-Fürstberger verweist auf die Tendenz in der Bundesrepublik, unter anderem auf Grund des hohen Verwaltungsaufwandes, Töchter, Enkel usw. wieder zurückzuführen. Auch in Potsdam sollten Möglichkeiten der Straffung bedacht werden.

Herr Exner betont, dass sich in diesem Bericht das gesamte Unternehmensportfolio finde und ihm sehr daran gelegen sei, dem Beteiligungsbericht mehr Aufmerksamkeit zu widmen; gleiches gelte für den 2., nur an die Fraktionen ausgereichten Band.

Herr Schröder empfiehlt, aus den Erfahrungen Stadtwerke/EWP zukünftig auch die Herrschaftsverhältnisse der Unternehmen zueinander zu beleuchten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur **Kenntnis genommen**.

### **zu 10.3 Beteiligungskonzept "Gartenstadt Drewitz"**

**Vorlage: 11/SVV/0371**

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Graumann erläutert die Mitteilungsvorlage und verweist darauf, dass mit jetzigem Stand die Wahl der Bürgervertretung erfolgt sei. Die Präzisierung des Beteiligungskonzeptes werde in engem Kontakt mit den Bürgervertretern erfolgen.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, wann das Beteiligungskonzept vorgelegt werde, denn schließlich sei eine Erwartung geweckt worden, die es nun auch zu erfüllen gelte. Die Zwischeninformationen bezüglich der Stadtteilschule Drewitz seien jedenfalls nicht sehr optimistisch. Deshalb schlage er eine Zusammenkunft zu Beginn des neuen Schuljahres mit Eltern, Bürgervertretern und Stadtverordneten vor, denn die Stadtteilschule sei auch das „Flaggschiff“ des Konzeptes.

Herr Klipp stimmt dieser Aussage zu, verweist aber gleichzeitig darauf, dass es darüber hinaus auch weitere Teile gebe, die zu berücksichtigen seien. Mit den gewählten Vertretern sollen Vereinbarungen abgeschlossen werden, wann sie was mit wem tun dürfen. Er rege auch an, dass sich die Stadtverordnetenversammlung damit befassen und einen Selbstbindungsbeschluss zur Anhörung und zum Rederecht der gewählten Vertreter verabschieden sollte. Im Herbst werde das Beteiligungskonzept vorliegen.

Im Weiteren beantwortet Herr Klipp die Nachfragen zum „Drewitz-Park“. Auf die Anregung von Frau Engel-Fürstberger, die Planergebnisse vorzustellen, verweist er darauf, dass dazu eine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung vorbereitet werde, in der auch die finanziellen Auswirkungen dargestellt seien.

### **zu 10.4 Keine Beeinträchtigung des Kulturstandortes Schiffbauergasse - rechtliche Stellungnahme**

Eingangs erläutert Herr Goetzmann die dazu ausgereichte schriftliche Stellungnahme. Anschließend führt Frau Dr. Schröter aus, dass sich der Ausschuss für Kultur mit der Thematik umfänglich befasst habe. Kritisiert worden sei, dass der dazu gefasste Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht umgesetzt wurde. Sie verweist auf den als Tischvorlage ausgereichten Auszug aus der Niederschrift der Ausschusssitzung und das darin enthaltene Votum. Der Kulturausschuss spreche sich kritisch gegen die Baugenehmigung aus und fordere den Baubeigeordneten auf, alle rechtlichen Möglichkeiten einer

Rücknahme zu prüfen. Der Kulturausschuss erwarte, bevor weitere Baugenehmigungen für den Standort erteilt werden, über diese informiert zu werden.

Herr Goetzmann entgegnet, dass die Aussage, die Beschlussfassung wurde missachtet, nicht zutreffe. In dem aufgestellten B-Plan sei eine Wohnnutzung ausgeschlossen; ein Boardinghaus sei keine Wohnnutzung. Gerichte hätten sich genau mit dieser Frage ausführlich auseinandergesetzt und entsprechende Urteile auf Grundlage einer feingliedrigen Betrachtung gefällt. Der Verdacht, das Haus werde nicht so genutzt, wie jetzt vorgeschrieben, bleibe ein Verdacht. Sollte diese Situation eintreten, werde die Bauaufsicht einschreiten. Herr Schröder führt aus, dass es eine Gradwanderung zwischen Wohnen und gewerblicher Nutzung sei – hier müsse man abwägen, um eine Schadensersatzforderung des Investors zu vermeiden.

Herr Klipp führt aus, dass der konstruierte Automatismus nicht existiere, weil der Investor per Baugenehmigung mit Lärmschutzmaßnahmen beauftragt wurde. Im Weiteren wird die rechtliche Zulässigkeit des Boardinghauses diskutiert sowie die erteilte Baugenehmigung und die Verlagerung des Theaterschiffs.

**zu 10.5      Beschlusskontrolle**  
**Vorlage: 11/SVV/0466**  
Oberbürgermeister

Herr Exner verweist auf die ausgereichte Übersicht, in der auch die unter Punkt 10.1 diskutierte Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle hätte mit aufgeführt werden müssen.

Im Weiteren werden die Nachfragen von Frau Dr. Schröter zum Zeitpunkt der Verlagerung des Theaterschiffs, von Frau Engel-Fürstberger, zur Schule im Potsdamer Norden und zum Modellprojekt energetische Sanierung eines Denkmals beantwortet.

Die Mitteilungsvorlage wird zur **Kenntnis genommen**.

**zu 10.6      Sicherung des Sozialen Zentrums der Volkssolidarität "Suppenküche"**  
**Vorlage: 11/SVV/0502**  
Oberbürgermeister, KIS

Herr Exner verweist auf die dazu ausgereichte Mitteilungsvorlage. Auf die Nachfrage von Herrn Schröder, wie die Verwaltung dem eigenen dringenden Raumbedarf begegne, antwortet er, dass der KIS eine entsprechende Konzeption erarbeite, die der Beigeordnetenkonferenz vorgestellt werde.

**neu            Information zu Gedenkstelen für Mauertote**

Hierzu begrüßt Herr Schröder die stellvertretende Direktorin der Gedenkstätte „Berliner Mauer“ Frau Dr. Nooke Sie informiert über ein von der Stiftung initiiertes Vorhaben zum 50. Jahrestag des Mauerbaus, in dessen Rahmen Gedenkstelen an den Standorten aufgestellt werden sollen, wo sich Fluchtversuchs- bzw. Todesorte befinden. Im Potsdamer Stadtgebiet sollen an 7 Standorten Stelen für 12 Maueropfer aufgestellt werden. Neben der orangefarbenen Mauerstele, auf der Informationen über den Mauerverlauf abgebildet werden, wird eine

Biografiestele aufgestellt, die neben einem Bild und der Biografie, Lebensdaten und die Todesumstände der betroffenen Menschen aufweisen. Mit den Bereichen der Stadtverwaltung seien die notwendigen Abstimmungen erfolgt; die Einweihung der Stelen solle am 08. August durch Herrn Platzeck und Herrn Wowerit erfolgen - am 12. August finde die offizielle Veranstaltung in Sacrow statt. Zustimmungsbedarf gebe es noch von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, da sich einige der Stelenstandorte auf deren Gelände befinden.

**neu Information zur Besetzung des Lenkungsausschusses des SV Babelsberg 03**

Herr Exner informiert über die Besetzung des einen der Stadt zustehenden Sitzes in der Lenkungsgruppe, die auf Verlangen der Deutsche Kreditbank gebildet wurde. Die Interessen der Stadt werde Herr Götz Thorsten Friederich vertreten. Auf die Nachfrage, warum Herr Friederich ausgewählt wurde, entgegnet Herr Exner, dass sich das in seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt begründe, aber auch mit seinen betriebswirtschaftlichen Kenntnissen sowie Erfahrungen mit dem SV Babelsberg 03.

**zu 17.5 Information zum Stand der Verhandlungen mit der WagenHausBurg**

Gegen das von der Fraktion DIE LINKE beantragte Rederecht für einen Vertreter der WagenHausBurg erhebt sich kein Widerspruch. Anschließend erläutert Herr Sabo, dass eine Umsiedlung der WagenHausBurg sehr schwierig sei und das mit den Jahren aufgebaute Geflecht von Nachbarschaftsbeziehungen damit zerstört werde. Außerdem wären viele der Projekte und andere Dinge wieder „auf Null“ gesetzt und die Bewohner müssten von vorn anfangen, um den Stand zu erreichen, der heute vorhanden ist. Er betont, dass die laufenden Projekte weiter entwickelt werden sollen und dass die Bewohner ein Angebot von der Stadt erwarten, das auch finanziell tragbar ist.

**zu 11 Sonstiges**

**zu 11.1 Berichterstattung aus der Lärmschutzkommission**

Frau Müller-Preinesberger informiert über die „Zusammenfassung der Empfehlungen der Fluglärmkommission zur Festlegung von An- und Abflugrouten für den BBI“, die der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.